

Kleine und mittelständische Unternehmen gezielt unterstützen - Sachsens Wirtschaft nachhaltig und krisenfest aufstellen

Beschluss des Landesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen vom 8.9.2022

Die kleinen und **mittelständischen Unternehmen** - vom traditionsreichen Handwerk bis zum hippen Startup - sind das **Rückgrat der sächsischen Wirtschaft**. Der Aufbruch in Richtung nachhaltiger Strukturen und Wertschöpfungsketten muss gelingen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Die aktuelle **Energiepreiskrise** trifft die sächsische Wirtschaft hart: Die kleinteilige sächsische Unternehmenslandschaft sieht sich seit der Verknappung der Gaslieferungen durch Russland mit sprunghaft gestiegenen Energie- und Treibstoffpreisen konfrontiert. Verantwortlich für diese Preisexplosion ist die Abhängigkeit von fossilen Energien und die verfehlte Energiepolitik der letzten Jahrzehnte. Sachsen hat als Industriestandort nur dann eine wirtschaftliche Zukunft, wenn wir die **sächsischen Unternehmen zielgerichtet unterstützen und die Energiewende mit ihnen gemeinsam ambitioniert gestalten**.

Wir stellen uns uneingeschränkt hinter die Bestrebungen der Bundesregierung zur Diversifizierung der Energielieferungen. Die Maßnahmen zeigen ihre Wirkung, da sich die Gasspeicher deutlich schneller als im Vorjahr füllen. Die notwendige Gasumlage zur Stützung insolvenzgefährdeter Gasversorger und damit auch zahlreicher Stadtwerke stabilisiert die Angebotsseite, lässt die Preise aber noch weiter steigen. Das verlangt nicht nur den Privathaushalten, sondern auch den Unternehmen hohe Anstrengungen ab. Das Dritte Entlastungspaket des Bundes von über 65 Milliarden Euro leistet einen wesentlich Beitrag zur Abfederung sozialer Härten und Sicherung des sozialen Friedens in diesem Land. Darüber hinaus ist es zwingend notwendig, die **kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen und die Kommunen jetzt verstärkt in den Blick zu nehmen**.

Daher fordern wir umgehend:

- * Eine zielgenaue Unterstützung für sächsische Unternehmen, die die Entlastungsmaßnahmen des Bundes sinnvoll ergänzen. Diese müssen vordergründig an den Bedarfen von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), dem sächsischen Handwerk und Solo-Selbstständigen ausgerichtet sein, die aufgrund steigender Energiekosten in Zahlungsengpässe geraten sind.
- * Die darüber hinausgehende Prüfung eines eigenen Härtefallfonds, der die sächsischen Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützt, die jetzt ihre Lieferketten umbauen, neue Märkte erschließen oder ihre Energieversorgung dekarbonisieren wollen.
- * Hilfen des Freistaates für die Kommunen, die Liquidität der kommunalen Unternehmen (zB. Stadtwerke) sichern müssen.

- * Hilfen an kommunale Wohnungsunternehmen für die Absicherung von Forderungsausfällen.
- * Eine Kommunikations- und Informationskampagne zum Energiesparen in Sachsen, bei der nicht nur private Verbraucher*innen, sondern auch die Unternehmen aktiv mitgedacht und bestmöglich unterstützt werden.

Sinnvolle Investitionen, statt Spardogmatismus

Der Freistaat hat das Potential, seine Unternehmen in der Krise zu begleiten und unterstützen. Sachsen ist in der Verantwortung, sich finanziell zu engagieren und muss Vorsorge treffen. Hierfür ist eine **moderne sächsische Finanzverfassung** unerlässlich, die diesen Aufgaben gerecht wird. Es muss auch in Sachsen möglich sein, auf konjunkturelle Einbrüche angemessen reagieren zu können und wirtschaftliche Härten abzufedern, wie dies in anderen Bundesländern schon längst Realität ist. Um das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, brauchen wir umgehend eine **Überarbeitung der Schuldenbremse**, die sowohl in unerwarteten Notsituationen als auch bei Konjunkturschwankungen eine Reaktion ermöglicht.

Die dogmatische Versteifung auf den bisher vorgesehenen kurzen Tilgungszeitraum führt beispielsweise im Zusammenhang mit den Corona-Krediten bereits jetzt zu scharfen Einschnitten in den sächsischen Haushalt. Nur mit einer Überarbeitung der Schuldenbremse können wir diejenigen Akteurinnen und Akteure verlässlich unterstützen, die Investitionen in die ökologische, wirtschaftliche und soziale Resilienz des Freistaates voranbringen.

Erneuerbare Energien als Standortfaktor

Die Entscheidung von Unternehmen über ihre Standortwahl hängt heute maßgeblich vom Ausbau der Erneuerbaren Energien ab. Weil Strom aus Wind und Photovoltaik nicht nur das Klima schützt, sondern auch dauerhaft günstigen Strom bereitstellt, braucht es im Freistaat klare **Investitionshorizonte für den Ausbau regenerativer Energieträger**. Hilfen an Unternehmen müssen den sozial-ökologischen Umbau hin zu einer krisenfesten Wirtschaftsstruktur in Sachsen bestmöglich unterstützen. Dies beinhaltet eine ggf. degressive Mittelbereitstellung sowie über die aktuelle Krise hinaus die **Kopplung von Wirtschaftshilfen an die Optimierung der Klima- und Ökobilanz** der begünstigten Unternehmen. Weiterhin sind alle Ressorts der Landesregierung dazu aufgefordert, der **Umsetzung des Energie- und Klimaprogramms (EKP)** höchste Priorität einzuräumen.

Regionale Lieferketten als nachhaltiges Wachstumsmodell

Regionale Lieferketten und die Kreislaufführung von Rohstoffen wollen wir entscheiden stärken. Wie auch in der pandemischen Lage fungieren heute die regionalen Lieferketten als Preis-Angebots-Stabilisator. **Absehbaren Rohstoffverknappungen setzen wir eine intensive Förderung der Kreislaufwirtschaft entgegen.** Bestehende Cluster sind weiter auszubauen, innovative Produkte bis zum Markthochlauf zu unterstützen. Stoffströme in sächsischen Produktionsprozessen sind zu schließen, die Nutzung von Rezyklaten voranzubringen und die Menge der Rest- und Abfallstoffe zu minimieren.

Öffentliche Aufträge als Hebel für Nachhaltigkeit und Innovation

Ein erheblicher Teil der Wirtschaftsleistung wird im Rahmen öffentlicher Aufträge erbracht. Im Sinne der Attraktivität Sachsens für kleine und mittelständische Unternehmen sowie innovative Startups muss die **sächsische Vergabepolitik** endlich entbürokratisiert und auf unsere ökologischen und sozialen Ziele ausgerichtet werden. Um nachhaltige Innovationen anzutreiben, müssen wir die **sächsische Vergabeordnung zeitnah novellieren.** Dies erhöht die Chancen für die regionalen KMU's bei den öffentlichen Ausschreibungen zum Zug zu kommen und leistet somit einen direkten Beitrag in der Krise.

Der Freistaat kann und muss seine Unternehmen und die Gesellschaft in der Krise begleiten. Um zu einem funktionierenden und verlässlichen Krisenmanagement in Sachsen zu kommen, sind alle Koalitionspartner angehalten, die große Aufgabe des **ökologischen Umbaus unserer Wirtschaft** ernsthaft anzugehen. Die Zeit für ideologische Scheuklappen ist vorbei und **Sachsen muss jetzt zusammen stehen.** Wir haben keine Zeit zu verlieren.